

Pressemitteilung

Kiel, 17.12.2025

Sozialer Wohnungsbau: schwarz-grüne Landesregierung spart am falschen Ende

Zu den gekürzten Landesmitteln für den sozialen Wohnungsbau in Kiel erklärt Ratsherr Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eines der drängendsten sozialen Probleme in Kiel. Tausende Wohnungen fehlen bereits heute, weitere fallen in den kommenden Jahren aus der Sozialbindung. Umso unverständlicher ist es, dass die schwarz-grüne Landesregierung ausgerechnet in dieser Situation die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau kürzt. Für eine Stadt wie Kiel, in der die Wohnungsnot besonders groß ist und die zugleich viele Aufgaben für das Land mitträgt, ist diese Mittelvergabe schlicht unzureichend. Die Argumentation des Landes wirkt dabei technokratisch und blendet die tatsächliche Lage auf dem Kieler Wohnungsmarkt aus.

Aus unserer Sicht braucht es jetzt eine klare Neuausrichtung: Fördermittel müssen dort ankommen, wo die Not am größten ist. Kiel verfügt über Flächen, Planungen und Investoren – was fehlt, ist eine verlässliche Finanzierung. Gleichzeitig muss sich auch die Stadt ihrer Verantwortung stellen. Die rot-grüne Ratshauskooperation versäumt regelmäßig, das Thema ernsthaft voranzubringen: Kürzungen von 1 Mio.€ bei der KiWoG im letzten Haushalt, jahrelange Verzögerungen bei Holtenau-Ost oder das Zurückstellen dringend benötigter Entwicklungsflächen wie Suchsdorf-West verschärfen die Situation zusätzlich. Wenn das Land nicht ausreichend unterstützt, müssen alternative Wege geprüft werden, etwa durch gezielte Anreize für private Investoren.

Bezahlbarer Wohnraum darf kein Nebenschauplatz sein. Wer heute zu wenig investiert, zahlt morgen doppelt. Über steigende Mieten, höhere Wohngeldkosten und zunehmende Wohnungslosigkeit darf man sich dann nicht wundern. Zuletzt wäre diese Information für den vergangenen OB-

Wahlkampf ein fachlich höchst interessanter Input gewesen, mit dem die beiden Stichwahlkandidaten durchaus hätten konfrontiert werden können, da auch hier der Wohnungsbau ein dominantes Thema war. Wir erwarten vom Land eine deutliche Aufstockung der Fördermittel und von der Kieler Rathausmehrheit eine klare Prioritätensetzung für den Wohnungsbau. Kiel braucht jetzt entschlossenes Handeln statt Ausreden – für eine soziale Stadt, in der Wohnen bezahlbar bleibt.“